

„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“: Mehr Schein als Sein -

Über den bürgerlichen Gehalt in der aktuellen Sozialismusdebatte

Von Guenther Sandleben, Berlin 2012

Zusammenfassung: In der aktuellen Sozialismusdebatte gibt es zwei Richtungen. Der Sozialismus, den Crome und andere, darunter Michael/André Brie und Oskar Lafontaine für das 21. Jahrhundert vorsehen, erweist sich als Blendwerk; er ist nur ein historisch verklärter Kapitalismus, eine Illusion über die Vergangenheit, die in ein Zukunftsmodell umgesetzt wird. Ein solcher Sozialismus ist seiner Natur nach bürgerlich.

Im Gegensatz dazu nimmt der Verteilungssozialismus (Cockshott, Cottrell, Dieterich, Peters, Hoss) die Umwälzung der gegebenen Produktions- und Distributionsverhältnisse ins Visier. Allerdings zeigt sich auch, dass selbst dieser Sozialismus die Entfremdung des Menschen nur verkleinert, nicht aber abzuschaffen vermag. Sein Dogma von der Unverzichtbarkeit von Ware und Geld ist keineswegs nur ein theoretischer Irrtum. Er kennzeichnet einen Sozialismus, der in der bürgerlichen Welt stecken geblieben ist und den nicht überwundenen Teil dieser bürgerlichen Welt als historisch nicht zu beseitigende, ewig gültige gesellschaftliche Form deklariert. Im verbliebenen Wert- und Geldbegriff drückt sich eine noch entfremdete Arbeit aus, die sich wegen der Fortexistenz einer gewissen Art von Privateigentum ihre sachlichen Produktivkräfte noch nicht wirklich aneignen kann.

In jüngster Zeit spricht man auch wieder in Deutschland verstärkt vom Sozialismus, über den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Verantwortlich dafür ist nicht nur die Renaissance des Sozialismus in Lateinamerika sondern auch die Zuspitzung der Widersprüche hier bei uns. Ihre auffälligste Form besitzen solche Widersprüche im Verteilungskonflikt, in einer spektakulären Zunahme der Ungleichverteilung der Einkommen, vor allem in einer größer werdenden Schere zwischen den Löhnen und Gehältern einerseits und den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits. Hinzu kommt die Umverteilung, die der Staat zugunsten der Profite und zu Lasten der Sozialleistungen vornimmt. Da die Ungleichverteilung besondere Aufmerksamkeit findet, kann es nicht überraschen, dass auch die Sozialismusdebatte darauf ihren Hauptakzent setzt. In der aktuellen Diskussion haben sich zwei Hauptrichtungen herausgebildet.

1. Der bürgerliche Sozialismus (Crome, Brie, Lafontaine etc.)

Für die eine Richtung ist Sozialismus nur ein anderer Name für einen Kapitalismus mit größerer „Sozialstaatlichkeit“. In der Hauptsache wird mehr Verteilungsgerechtigkeit propagiert, ohne dass die Verteilungsverhältnisse selbst und die zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse verändert werden. Sozialismus, das soll die „soziale Marktwirtschaft“ der 60er und 70er Jahre sein, eine Art „Keynesianischer Sozialismus“ mit mehr Staat und weniger Markt. Also vorwärts in die Vergangenheit!

In diesem Sozialismus sollen die „marktwirtschaftlichen Institutionen“ erhalten bleiben, ebenso das Wertgesetz, das Geld, die Lohnarbeit, das Kapital, die Kreditverhältnisse, die freie Unternehmerinitiative und selbstverständlich auch der herkömmliche Staat, samt aller Funktionen, die er heutzutage besitzt. **Erhard Crome** beispielsweise hebt in seinem Buch „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ fünf „wichtige Richtungen“ (vgl. S. 152ff) hervor, die in einem Sozialismus, wie er ihn versteht, enthalten sein müssen und die allesamt das bestätigen oder nur fortsetzen, was ohnehin schon da ist:

„1. Das Wertgesetz (...) ist nicht außer Kraft zu setzen“ (S. 152), also auch nicht die Warenproduktion und damit der Privatbesitz an Produktionsmitteln, die Lohnarbeit, der Warentausch, die „Sphäre der Warenzirkulation“, die „dafür vorhandenen Institutionen des Marktes“. Bereits ein so definierter Sozialismus kann keine wirkliche Alternative mehr sein zum Kapitalismus; er ist bloßer Schein, der dazu dienen mag, das kritische Publikum zu täuschen.

2. Anknüpfend an Schumpeters „Pionierunternehmer“ hält Crome die freie Unternehmerinitiative, wie sie im Kapitalismus grundlegend ist, für unbedingt erhaltenswert. Die tätigen Kapitalisten mystifiziert er in dieser zweiten „wichtigen Richtung“ seines Sozialismus’ als „ökonomisch souveräne Personen“, die durch ihre besonderen individuellen Fähigkeiten die „Innovationsmaschine der Volkswirtschaft“ in Gang hielten. Crome löst die Triebkräfte des technischen Fortschritts aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang heraus und macht sie zu einer Willenssache schöpferischer Führerpersönlichkeiten, die dann entsprechend ihrer besonderen menschlichen Natur geradezu naturwüchsig die Rolle des Kapitalisten einnehmen. In dieser Mythologie erscheint der kreative Mensch kraft seiner besonderen Natureigenschaften als Kapitalist, also die Kapitaleigenschaft als Eigenschaft hervorragender Menschen. Der Kapitalismus als ein besonderes historisches Produktions- und Verteilungsverhältnis ist dann in ein unveränderbares, natürliches Verhältnis umdefiniert: Das kreative Individuum, das als Unternehmer „arbeitet“, erhält Profit und Unternehmerlohn, derjenige, der risikofreudig Kapital oder Grundstücke zur Verfügung stellt, bekommt den Zins oder eine Grundrente und die große Mehrzahl der Individuen, die wegen fehlender unternehmerischer Fähigkeiten keine „ökonomisch souveränen Personen“ darstellen können und kein produktives Vermögen außer ihre Arbeitskraft besitzen, liefern stumm die Lohnarbeit ab und nehmen dann entsprechend in der Form des Arbeitslohns an den Resultaten der Produktion teil. Die so als Naturgesetz festgezurrten Verhältnisse bilden den unverrückbaren Rahmen jeglicher Sozialpolitik, die kosmetisch als Sozialismus bezeichnet wird.

3. Crome empfiehlt als dritten Punkt – ebenfalls anknüpfend an entsprechende Überlegungen des bürgerlichen Ökonomen Schumpeter – Sozialisierungen in den Wirtschaftszweigen Banken, Versicherungen, Eisenbahnen und zentrales Transportwesen, Bergwerke, elektrische Energie, Eisen-, Stahl- und Bauindustrie vorzunehmen. In der politischen Sprache eines Oskar Lafontaine ist der Sozialismus dann so formuliert: „Die Linke ist der Auffassung, dass Wirtschaftsbereiche, die auf Netze angewiesen sind und die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen, in gesellschaftlicher Verantwortung bleiben müssen. Das gilt beispielsweise für die Bahn, für die Strom-, Gas- und Wasserversorgung und den Telekommunikationsbereich.“ (Freiheit durch Sozialismus, Juli 2007) Vergleichbare Sozialisierungsforderungen durchziehen die Programmgeschichte der SPD und diese Geschichte steht für eine rücksichtslose Verteidigung kapitalistischer Verhältnisse. Die Produktionsverhältnisse ändern sich nicht dadurch, dass ein Unternehmen statt privat nun öffentlich betrieben wird, wenn das Kapital statt in privaten Händen in den Händen des Staates liegt. Selbst der „Raubzug der Manager“ ändert nach einer Sozialisierung nur seine Form: An die Stelle tritt die Bereicherung der Politikerkaste, die dann ihren „abgeschobenen Politikern“ leichter eine zweite, nun unternehmerische Geldquelle eröffnen kann.

4. Die vierte „wichtige Richtung“ des Sozialismus ist als Konsequenz der dritten formuliert: Denn nach den von Crome vorgeschlagenen Sozialisierungen verteilt sich das Kapital auf private und öffentliche Hände. Die Geschichte ist etwas zurückgedreht in die Zeit vor dem Start der Privatisierungswelle. „Sozialistische Wirtschaft der Zukunft wird notwendig und dauerhaft eine gemischte Wirtschaft sein müssen“, schreibt Crome und täuscht seine Leser, wenn er die „gemischte Wirtschaft“ der 70er Jahre in eine sozialistische verdreht, um sie dann als Sozialismusmodell für das 21. Jahrhundert anzupreisen.

5. Cromes „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ ist also ökonomisch gesehen bloßer Schein. Die Gesellschaft soll kapitalistisch bleiben, eine bürgerliche Gesellschaft also, die einen politischen Staat als ihre notwendige Ergänzung benötigt. Konsequenterweise hat Crome am Staat nicht allzu viel auszusetzen. Die bisherigen politischen Inhalte sollen die gleichen bleiben, nur etwas mehr Sozialpolitik wünscht er sich. Als fünfte Richtung fordert er lediglich eine „qualitativ verstärkende Demokratie“, mit mehr Mitbestimmungsrechten auf allen Ebenen. Die Frage aber, ob die bürgerliche Gesellschaft weiterhin durch Abgeordnete vertreten wird oder ob die Bürger selbst stärker in Entscheidungen einbezogen werden sollen, ist selbst nur eine Frage innerhalb des bestehenden Verhältnisses zwischen der vom Politischen abgetrennten Gesellschaft und dem politischen Staat. Aber gerade über dieses Verhältnis, das ein wesentliches Kennzeichen kapitalistischer Gesellschaften ist, macht sich Crome keine Gedanken.

Das Herumdoktern an der Form des Staates ist so alt wie der bürgerliche Staat selbst und ebenso die Illusion, dass durch eine Modifikation der Form in Richtung mehr Demokratie ein Einfallstor für sozialistische Politik geschaffen werden könnte. Der Übergang von der Monarchie oder von einer späteren Art der Diktatur hin zur Demokratie brachte die erste große Enttäuschung. Entgegen mancher Erwartungen änderte sich nichts an den Produktionsverhältnissen und auch nichts am

grundlegenden Verhältnis zwischen dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft. Die Lohnabhängigen blieben lohnabhängig, die Unternehmer blieben Unternehmer. Die ersten blieben trotz allgemeinen Wahlrechts politisch entmündigt wie sie es ökonomisch sind, die anderen beherrschten weiterhin die Ökonomie, verfügten über alle materiellen Voraussetzungen, um die öffentliche Meinung und mit ihr die Politik inhaltlich zu bestimmen.

Als der Sozialdemokrat Willy Brandt vor gut 30 Jahren mit der Wahlkampflosung „Mehr Demokratie wagen“ die Bundestagswahlen gewann, ging die Entwicklung keineswegs in Richtung Sozialismus. Die Menschen von damals fühlten sich betrogen, als die SPD-Geführte Regierung stattdessen die „innere Sicherheit“ ausbaute, wirkliche Sozialisten durch Berufsverbote aus öffentliche Institutionen hinaus warf, linken Wissenschaftlern die Berufung verweigerte, eine sozialistische Opposition in den Gewerkschaften durch Repressionen verschiedenster Art bekämpfte und als man schon bald eine neoliberale Politik der Sozialeinschnitte und der Privatisierung von Staatskapital einleitete. Oskar Lafontaine bahnt eine direkte Wiederholung des Betrugs von damals an, wenn er heute die Worte Willy Brandts wiederholt: „Die Linke versteht sich als demokratische Erneuerungsbewegung. Die politischen Entscheidungen müssen in Deutschland wieder den Interessen der Mehrheit Rechnung tragen. Wir müssen mehr Demokratie wagen, vor allem mehr direkte Demokratie“. (Freiheit durch Sozialismus)

Der Sozialismus, den Crome und andere, darunter Michael/André Brie und Oskar Lafontaine für das 21. Jahrhundert vorsehen, erweist sich als Blendwerk; er ist nur ein historisch verklärter Kapitalismus, eine Illusion über die Vergangenheit, die in ein Zukunftsmodell umgesetzt wird. Die von diesem Sozialismus vorgesehenen Sozialreformen, sofern sie nicht als leere Versprechungen zur Täuschung des Publikums formuliert werden, bestehen inhaltlich in Modifikationen der Verteilungsverhältnisse. Entweder ergeben sich solche Modifikationen bereits als Konsequenz einer Verschiebung der Konkurrenz innerhalb des Konjunkturzyklus', so dass beispielsweise höhere Löhne und mehr Sozialleistungen in einer Phase verbesserter Konjunktur gefordert werden, oder aber es werden in den Reformen besondere Kapitalinteressen zur Geltung gebracht, etwa mit der Forderung nach Zinssenkung die Interessen von Industrie und Handel, oder mit der Forderung nach „Stärkung der Kaufkraft“ die Interessen der binnenmarktorientierten Geschäftswelt.

Die Kritik an den gegenwärtigen bürgerlichen Verhältnissen fällt dann notwendig selektiv aus; sie bleibt deshalb oberflächlich und wird vom Standpunkt der einen oder anderen Kapitalfraktion aus formuliert, wobei man versucht, deren Interessen in Einklang zu bringen mit den Interessen der abhängig Beschäftigten. Diese Kritik unterstellt das Lohnsystem immer als gegebene, unverrückbare Tatsache. Sofern sie gesellschaftliche Übel überhaupt zugesteht, sucht sie den Grund entweder in Naturgesetzen, die keine menschliche Macht ändern kann, oder sie sieht in den Übeln bloße Missstände, die ausgeräumt werden können und auch auszuräumen sind, damit der kapitalistische Zustand dann um so besser gewahrt bleiben kann. Ein solcher Sozialismus ist seiner Natur nach bürgerlich. Er kämpft unter der Fahne des Sozialismus für den Erhalt kapitalistischer Verhältnisse, er ist – wie Marx eine vergleichbare Richtung seiner Zeit nannte – „**Bourgeoissozialismus**“.

Eine detaillierte Kritik des bürgerlichen Sozialismus braucht nicht geleistet zu werden, da sie dem Kern nach eine gewöhnliche Kapitalismuskritik wäre, die schon längst vorliegt. Auch Vorstellungen, den Sozialismus schrittweise durch „Sozialreformen“ einzuführen, sind längst widerlegt. Rosa Luxemburgs Bernstein-Kritik, formuliert in der Schrift „Sozialreform oder Revolution“, ist dafür wegweisend, ebenso die sozialistische Kritik am Eurokommunismus.

2. Der Verteilungssozialismus (Cockshott, Cottrell, Dieterich, Peters, Hoss)

Auch die zweite Richtung setzt auf Umverteilung, jedoch beschränkt sie sich nicht auf Schönheitsreparaturen sondern hat die Umwälzung der gegebenen Produktions- und Distributionsverhältnisse im Visier. Umverteilung ist für sie sowohl eine Umverteilung der Produktionsmittel, die aus dem kapitalistischen Privateigentum in ein allgemein-gesellschaftliches Eigentum überführt werden sollen, als auch eine Änderung der Einkommen zugunsten der Arbeitseinkommen. Andere Einkommensarten – mit Ausnahme von öffentlichen Zuwendungen an die Arbeitsunfähigen - gibt es nicht mehr, denn mit der Beseitigung des Kapitals als Produktionsverhältnis sind auch die darauf beruhenden Einkommensarten Profit, Zins und

Grundrente verschwunden. Die neue Verteilung soll eine Art „Äquivalenzökonomie“ (Heinz Dieterich) sein, in der nach öffentlichen Abzügen jeder das als Kaufkraft bekommt, was er der Gesellschaft zuvor durch seine Arbeitszeit gegeben hat. Dieser Sozialismus ist keine Täuschung mehr, keine bloße Phrase, sondern er stellt eine wirkliche Alternative dar. Ein solcher Verteilungssozialismus bekämpft im Unterschied zu jenem bürgerlichen Sozialismus nicht nur die Missstände der bürgerlichen Welt, sondern greift den kapitalistischen Zustand der Verteilung im Zentrum an. Allerdings zeigt sich auch, dass selbst dieser Sozialismus stecken bleibt in bürgerlichen Formen, dass er die Entfremdung des Menschen nur verkleinert, nicht aber abzuschaffen vermag.

Der Verteilungssozialismus besitzt je nach Autor seine Besonderheit, die vor allem die technisch-organisatorische Seite einer sozialistischen Gesellschaft oder die verbleibende Bedeutung der Märkte betrifft. Auch werden gerade die mit der Fortexistenz von Märkten verbundenen Fragen, etwa die nach dem inneren Zusammenhang von Arbeit, Wert und Geld mit unterschiedlicher theoretischer Tiefe thematisiert. Bei allen Besonderheiten besitzen die genannten Sozialismuskonzepte genügend Gemeinsamkeiten, um sie als eine Richtung in der Sozialismusdebatte zu kennzeichnen.

Die Gemeinsamkeiten bestehen darin, dass erstens die Verteilungssozialisten im Gegensatz zu den bürgerlichen Sozialisten die Distribution der Produktionsinstrumente einbeziehen, dass sie zweitens die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums als Ziel formulieren, dass sie drittens die nicht auf Arbeit beruhenden funktionalen Einkommenskategorien abzuschaffen vorgeben und den Lohn als einzige Einkommensart proklamieren, dass sie viertens die kapitalistische Ausbeutung durch einen der geleisteten Arbeit entsprechenden Lohn beseitigen wollen, dass sie fünftens die Arbeit als Erwerbsarbeit definieren, dass sie sechstens gewisse Wertkategorien fortbestehen lassen wollen wie Werte, Preise (inklusive Löhne) und Geld, dass sie siebtens den Markt zumindest in gewissen Bereichen für zweckmäßig erachten und dass sie achtens die typisch bürgerliche Absonderung des politischen Staats von der Gesellschaft in ihren Sozialismus hineinprojizieren.

Bezogen auf die aktuelle Diskussion sollte man den Verteilungssozialisten die Analysen der beiden Schotten W. Paul Cockshott und Allin Cottrell (Alternativen aus dem Rechner, Köln 2006), die Beiträge von Arno Peters und Heinz Dieterich (Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Berlin 2006) und die Arbeiten von Wolfgang Hoss (Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft, Norderstedt 2006) zuordnen.

Jedoch ist diese Strömung sehr viel älter. Bereits die Wirtschaftsplaner der frühen Sowjetunion formulierten ähnliche Konzepte und selbst in der sozialistischen Kritik der sowjetischen Wirtschaft, wie sie etwa von der Gruppe „Internationale Kommunisten Hollands“ (Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung, Wiederabdruck im Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1971) formuliert wurde, stand der Verteilungsgedanke im Vordergrund, ohne jedoch die Wertformen der bürgerlichen Welt in die Zukunft übertragen zu haben.

Mit der Bezeichnung „Verteilungssozialismus“ ist bereits die Kritik dieser Richtung angedeutet. Sozialismus als Umverteilung sowohl der Produktionsmittel, wodurch allerdings die Produktion einen neuen Charakter erhält, als auch eine darauf beruhende Umstrukturierung der Einkommen mit der Arbeitszeit als Maß der Verteilung greift nur unzureichend in das Verhältnis zwischen Produzent und Produkt ein. Die Gestaltung der sozialistischen Produktion wird hauptsächlich als organisatorisch-technische Frage behandelt, so dass dann die moderne Computertechnologie eine wichtige Rolle in dieser Diskussion spielen kann (vor allem bei Cockshott/Cottrell), nicht aber als eine Frage der wirklichen Aneignung der materiellen Welt der Produktivkräfte. Diese sachliche Welt ist zwar nicht mehr in kapitalistisches Privateigentum zerstückelt, aber sie tritt den Produzenten immer noch als allgemeines Eigentum gegenüber, so dass eine wirkliche Aneignung blockiert wird. Das entfremdete Verhältnis des Arbeiters zur Produktion, worin – wie Marx es verstanden hatte – die Selbstentfremdung des Menschen ihre tiefste Wurzel besitzt, wird von den Verteilungssozialisten lediglich modifiziert, nicht aber beseitigt.

Der Verteilungssozialismus stellt zwar die Eigentumsfrage, aber er tut dies nicht radikal genug, er stellt sie nicht unter dem Gesichtspunkt der wirklichen Aneignung der materiellen Welt, so dass die Produktionsverhältnisse und die Art der Arbeit nicht in der möglichen und notwendigen Tiefe verändert werden. Mit der beabsichtigten Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums leitet er die Aufhebung der Selbstentfremdung lediglich ein, beseitigt nur deren auffälligsten Formen und weist dann diesen Sozialismus, der immer noch tief in der entfremdeten bürgerlichen Welt steckt, als den Sozialismus aus. Dass er den Wert als eigenständige Kategorie neben der Arbeit bestehen lassen will, dass er an gewissen Prinzipien der Ware und des Marktes, am Geld, am Lohn und am Austausch von Konsumgütern festhält, dass er selbst den Staat im großen und ganzen bestehen

lassen will und nur versteckt ein mögliches Absterben des Staates andeutet, ist lediglich ein Ausdruck für die Fortexistenz bürgerlicher Formen.

Die Kritik an der Position der Verteilungssozialisten führt zu der These, dass ein solcher Sozialismus weit hinter den heutigen Möglichkeiten einer wirklich sozialistischen, also kommunistischen Gesellschaft zurückbleibt und mit dem bürgerlichen System immer noch auf gewisser Weise ökonomisch, kulturell und politisch verhaftet bleibt, so dass die ganze Größe der menschlichen Emanzipation und damit die Attraktivität des Kommunismus nicht zur Geltung kommen.

Materiell gesehen stellt diese Art Sozialismus immer noch einen Kompromiss dar mit den herrschenden Mächten der bürgerlichen Welt, indem er ihre Prinzipien über weite Strecken hinweg teilt. Er will noch eine gewisse Macht der Manager in den Betrieben und in den Staatsapparaten bewahren, er rechtfertigt deren höhere Bezahlung, behandelt die Arbeit nur als eine den Produktionsmitteln vergleichbare Produktionskraft, schafft durch die Beibehaltung des Werts und der Kostenrechnung eine Grundlage für ein Bereicherungssystem. Der Verteilungssozialismus richtet sich hauptsächlich gegen das kapitalistische Privateigentum und den Zins, der damit verbunden ist, weniger gegen den kapitalistischen Funktionär. Das „Finanzkapital“ mit seinen „arbeitslosen Einkommen“ (Zins, Spekulations- und Unternehmergewinne), die es zieht, ist der eigentliche Gegner.

Wie der Verteilungssozialismus materiell, so ist er auch theoretisch in der bürgerlichen Welt stecken geblieben. Ein gewisser Eklektizismus zeichnet ihn deshalb aus, wie dies auch bei historischen Vorläufern, etwa in der von Hilferding vertretenen Theorie des Finanzkapitals schon der Fall war. (vgl. Guenther Sandleben, Nationalökonomie und Staat. Zur Kritik der Theorie des Finanzkapitals, Hamburg 2003) Nur die auffälligsten und widersprüchlichsten Kategorien der kapitalistischen Welt werden kritisiert. Er will lediglich die offensichtlichen Kapitalformen vernichten, sowohl die Kapitalbestimmungen im Geld als auch die in der Ware. Die kapitalistische Form der Ausbeutung meint er mit einer Art Äquivalenzökonomie bekämpfen zu können. Allerdings bleibt die Kritik dort stehen, wo es um die allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise geht, um den Wert und das darin wurzelnde Geld. Selbst diejenigen unter ihnen, die die Warenproduktion für unvereinbar betrachten mit dem Sozialismus, halten am Wert, am Geld und an einer entsprechenden Kostenrechnung fest.

Aber das **Dogma von der Unverzichtbarkeit des Wert- und Geldbegriffs** ist keineswegs nur ein theoretischer Irrtum. Es kennzeichnet einen Sozialismus, der in der bürgerlichen Welt stecken geblieben ist und den nicht überwundenen Teil dieser bürgerlichen Welt als historisch nicht zu beseitigende, ewig gültige gesellschaftliche Form deklariert. Im verbliebenen Wert- und Geldbegriff drückt sich eine noch **entfremdete Arbeit** aus, die sich wegen der Fortexistenz einer gewissen Art von Privateigentum ihre produktiven Kräfte noch nicht unmittelbar aneignen kann.

Der Verteilungssozialismus, so das allgemeine Ergebnis der Kritik, ist nur ein erster Schritt zur Aufhebung der Selbstentfremdung. Indem er an den Wertkategorien, insbesondere am Geld, am Lohn und an Prinzipien des Marktes festhält, versperrt er nicht nur den gleitenden Übergang in eine höhere Stufe des Kommunismus, sondern **bewahrt Keime einer kapitalistischen Restauration**. Materiell gesehen bestehen diese Keime in der noch unvollständigen Aneignung der materiellen Welt durch die Produzenten, in der Kommandogewalt der Funktionäre über den Arbeitsprozess, in der Leichtigkeit, mit der sich diese Funktionäre in Funktionäre des Kapitals rückverwandeln können, in der Existenz von Wert und Geld, in einer gewissen Verherrlichung des Marktes.